

Anfragen 35 (Die Linke, Gemeinderat 12.6.2018)

Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer umfassenden Studie festgestellt, dass die Kita-Gebühren in Deutschland wesentlich vom Wohnort der Eltern abhängen und dass Familien mit geringem Einkommen durch die Gebühren überproportional belastet werden. Die Kosten für eine allgemeine Gebührenfreiheit betragen laut der Stiftung jährlich 5,7 Mrd. Euro, für die Zusatzgebühren 1,6 Mrd. Euro. Gebührenfreiheit und Qualitätsausbau (u.a. Personalschlüssel) würden zusammen jährlich 15,3 Mrd. Euro betragen.

In Baden-Württemberg besteht Gebührenfreiheit für Kitas auf kommunaler Ebene nicht nur in Heilbronn, sondern auch in Mannheim, Künzelsau und Keltern.

1. Hält die Stadt Rottenburg den Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung für sinnvoll, als Schritt auf dem Weg zu einer vollständigen Gebührenfreiheit für die Kinderbetreuung (Koalitionsvertrag der Bundesregierung) zunächst die Kinder aus Familien unterhalb der Armutsriskogrenze von den Gebühren zu befreien? Falls sie dies nicht für sinnvoll hält, welche alternativen Maßnahmen schlägt sie für Rottenburg vor?
2. Welche Kosten kämen auf die Stadt Rottenburg hinzu, wenn die Kita-Gebühren einschließlich aller Zusatzkosten für alle Familien mit Kindern unterhalb der Armutsriskogrenze (Äquivalenzeinkommen) entfallen würden?
3. Angesichts des Fachkräftemangels im Erzieherbereich fordern verschiedene Verbände eine generelle Schulgeldfreiheit für die ErzieherInnen-Ausbildung. Ist die Stadt Rottenburg gewillt, die gesamte Erzieherinnen-Ausbildung auf die PIA-Ausbildungsform umzustellen?
- 4.

Anfrage 36 (Die Linke) in der Gemeinderatssitzung am 12. Juni 2018

Finanzministerin Edith Sitzmann hat sich dafür ausgesprochen, den so genannten „Kommunal-Soli“ über die gesetzliche Begrenzung 2019 hinaus fortzuführen und damit die Kommunen in Baden-Württemberg mit ca. 700 Millionen Euro jährlich zu belasten.

Dagegen haben der Deutsche Städtetag und der baden-württembergische Städtetag bereits protestiert, weil die notwendigen Investitionen der Kommunen in den sozialen Wohnungsbau, in die Sanierung und den Neubau von Kitas und Schulen sowie der Ausbau des ÖPNV massiv gefährdet werden.

Wir möchten gern wissen:

1. Wie hoch ist die aktuelle Belastung Rottenburgs durch den Kommunal-Soli genau?
2. Wie viel hat Rottenburg seit dem Jahr 2008 als Kommunal-Soli gezahlt?
3. Wie wirkt sich der unberechtigte Eingriff der grün-schwarzen Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 2,4 Milliarden Euro (Haushaltserlass 2018 vom 19.6.2017) für Rottenburg konkret aus? Hat dieser Eingriff zur Folge, dass die Schlüsselzuweisungen im ersten Quartal 2018 um 210.000 Euro geringer ausfallen (Finanzbericht 1. Quartal 2018, S. 4)?
4. Welche Schritte unternimmt die Stadt, um sich vor weiteren Eingriffen in die Kommunalfinanzen durch die Landesregierung zu schützen? In welcher Form protestiert sie gegen die geplante Fortführung des Kommunal-Soli über den Zeitraum von 2019 hinaus?